

## PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 31. März 2025

03/2025

### **Bundesverband der Unternehmensjuristinnen und Unternehmensjuristen e.V. (BUJ) präsentiert umfassende rechtspolitische Agenda zur 21. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages**

Berlin, 31. März 2025 - Der Bundesverband der Unternehmensjuristinnen und Unternehmensjuristen e.V. (BUJ) hat sein Positionspapier für die 21. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages veröffentlicht. Das Papier enthält detaillierte Reformvorschläge in sechs Schlüsselbereichen, in denen Unternehmensjuristen Handlungsbedarf sehen. Die Vorschläge leisten zugleich einen effektiven Beitrag zur Entbürokratisierung und zur nachhaltigen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

#### **Kernforderungen an die Politik:**

1. **Corporate:** Der BUJ fordert eine Reform des aktienrechtlichen Beschlussmängelrechts, um die Rechtssicherheit und Effizienz von Hauptversammlungen zu erhöhen und den Missbrauch von Klage-rechten zu minimieren. Bürokratieabbau, insbesondere bei Nachhaltigkeitsthemen, und verstärkte Digitalisierung im Gesellschaftsrecht sollen Unternehmensprozesse vereinfachen und beschleunigen.
2. **Berufsrecht der Syndikusrechtsanwälte:** Kennzeichen eines funktionierenden Rechtsstaats ist, dass der Staat die vertrauliche Kommunikation zwischen Mandanten und Rechtsanwalt schützt, auch vor sich selbst, namentlich vor staatlichen Ermittlungsbehörden. Dabei darf es keinen Unterschied machen, ob der Rechtsuchende seine Rechtsfrage im privaten oder beruflichen Kontext an einen unternehmensexternen Rechtsanwalt stellt oder an einen unternehmensinternen Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt). Der BUJ fordert daher, dass das strafprozessuale Zeugnisverweigerungsrecht und das daraus abgeleitete Beschlagnahmeverbot auch für Rechtsanwälte (Syndikusrechtsanwälte) gilt – auch und gerade bei möglicherweise strafrechtlich relevanten unternehmensinternen Ermittlungen.

**Bundesverband der Unternehmensjuristinnen und Unternehmensjuristen e.V. (BUJ)**

c/o ABC Workspaces  
Bertha-Benz-Straße 5  
10557 Berlin  
030 206 41 49 40  
[kontakt@buj-verband.de](mailto:kontakt@buj-verband.de)

[www.buj-verband.de](http://www.buj-verband.de)

#### **Präsidentin:**

Dr. Claudia Junker

#### **Vizepräsident:**

Dr. Alexander Gommlich

#### **Schatzmeister:**

Dr. Timo Hermesmeier

#### **Beisitzer:**

Patricia M. Batista

Hergen Haas

Dr. Karsten Hardraht

Dr. Peter Henneke

Dr. Andreas Liepe

Dr. Friederike Rotsch

Dr. Hilka Schneider

Dr. Lena Wallenhorst

Solms U. Wittig

#### **Geschäftsführer:**

Dr. Patrick Otto

#### **Erfüllungsort und**

#### **Gerichtsstand:**

Frankfurt am Main

Ust-IdNr.: DE279369733

Vereinsregister Nr.: VR 14631

#### **Bankverbindung:**

Deutsche Bank

IBAN: DE46 1007 0000 0651

5035 00

BIC: DEUTDE33XXX

3. **Dispute Resolution:** Der BUJ sieht die von der früheren Ampel-Regierung geplante Formfreiheit von Schiedsvereinbarungen kritisch und fordert klare Formvorschriften zur Gewährleistung von Rechtssicherheit. Restitutionsanträge sollten vermieden werden, um die Integrität der Schiedsgerichtsbarkeit zu wahren. Schiedssprüche sollten nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Parteien oder nach einer ausreichend langen Widerspruchsfrist veröffentlicht werden.
4. **Compliance:** Der BUJ fordert praxistaugliche und klare Regelungen im Bereich Compliance, um eine überbordende Regelungslandschaft zu vermeiden und die wirtschaftliche Rentabilität zu sichern. Dies ist auch für die Akzeptanz der Regelungen entscheidend.
5. **Datenschutz:** Der BUJ setzt sich für den Erhalt der im Unternehmen wesentlichen Rolle interner Datenschutzbeauftragter ein. Er plädiert dafür, dass Datenschutzbeauftragte, die als Syndikusrechtsanwälte zugelassen sind, in angrenzenden Rechtsbereichen mitberaten dürfen. Das schafft für Unternehmen Synergieeffekte.
6. **European Green Deal:** Der BUJ begrüßt die Ziele des European Green Deal, fordert jedoch eine Reduzierung der bürokratischen Lasten und eine klare Definition der Sorgfaltspflichten, um die Effektivität und Effizienz der Regelungen zu verbessern. Unverhältnismäßige Sorgfaltspflichten binden Ressourcen, die besser für die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards eingesetzt werden könnten. Der BUJ fordert die Bundesregierung auf, sich in diesem Sinne in den EU-Institutionen in Straßburg und Brüssel einzusetzen.

**Zitat von Dr. Patrick Otto, Geschäftsführer des BUJ:**

„Unsere rechtspolitische Agenda spiegelt die Bedürfnisse unserer Mitglieder wider und bietet konkrete Handlungsempfehlungen für die politische Gestaltung der kommenden Jahre. Wir setzen uns dafür ein, dass die Reformen praxisnah und zukunftsorientiert umgesetzt werden, um die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit von Unternehmensjuristinnen und Unternehmensjuristen zu verbessern und die Wirtschaft nachhaltig zu unterstützen.“

**Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte:**

Dr. Patrick Otto, Geschäftsführer

Michel Grünke, Juristischer Referent für politische Kommunikation und Gremienarbeit

Email: [kontakt@buj-verband.de](mailto:kontakt@buj-verband.de)

Website: [www.buj-verband.de](http://www.buj-verband.de)

Hintergrund zum BUJ:

Der Bundesverband der Unternehmensjuristinnen und Unternehmensjuristen e.V. (BUJ) ist die größte unabhängige Interessenvertretung der Unternehmensjuristinnen und Unternehmensjuristen in Deutschland. Er ist auch die berufsrechtliche Stimme der Syndikusrechtsanwältinnen und Syndikusrechtsanwälte. Er ist ein Zusammenschluss von Juristinnen und Juristen, die hauptberuflich in Unternehmen, Stiftungen, Verbänden, Institutionen, Körperschaften oder diplomatischen Vertretungen mit juristischen Fragen betraut sind, ohne dabei jedoch in erster Linie Dritte zu beraten. Der BUJ vertritt die berufsbezogenen Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Gesellschaft, den Medien und der Politik. Der BUJ ist selbstlos, branchenübergreifend und überparteilich tätig. Zu berufsbezogenen Themen gibt der BUJ aus der Praxiserfahrung seiner Mitglieder heraus Hinweise u.a. zu Umsetzungsherausforderungen, Bürokratie-Abschätzungen sowie aus Implementierungs-Erfahrungen im Unternehmensalltag, zu Rechtsunsicherheiten oder -widersprüchen und zu operativen Auslegungsfragen. Er vertritt die Interessen des Berufsstandes, nicht die von Unternehmen. Der BUJ ist registrierter Interessenvertreter im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag (Registernummer R001441).